

SCHWELLENLÄNDER UND INTERNATIONALES SYSTEM

Zum Einfluß von Imperialismus, Ost-West-Konflikt und Neoimperialismus im Prozeß nachholender Entwicklung Ostasiens

Ulrich Menzel

1. PROBLEMSTELLUNG

Wenn man Anfang der 1980er Jahre die ostasiatische Region unter entwicklungs-
theoretischen Gesichtspunkten betrachtet, muß man die zunächst verblüffende
Feststellung treffen, daß die Kerngebiete des ehemaligen japanischen Impe-
riums, der sog. "Yen-Block", nämlich beide Korea, Taiwan und die nordöst-
lichen Provinzen der VR China, ehemals Mandschukuo, zu den am weitesten
entwickelten Gebieten der Dritten Welt zählen. Alle diese Länder nehmen in
der entwicklungspolitischen Diskussion einen prominenten Platz ein, da sie
von den unterschiedlichsten theoretischen und weltanschaulichen Lagern jeweils
als erfolgreiche Fälle nachholender kapitalistischer oder sozialistischer Ent-
wicklung zitiert werden. Soweit der Imperialismus sowohl als Grundlage einer
Theorie der internationalen Beziehungen wie als Ausgangspunkt theoretischer
Aussagen über Entwicklung und Unterentwicklung angesprochen ist, ergeben
sich aus dieser Feststellung mindestens vier zentrale Fragenkomplexe:

1) Inwieweit war der japanische Imperialismus in der Phase von 1895 bis 1945
typisch im Vergleich zu der viel älteren Expansion der klassischen imperiali-
stischen Mächte des europäischen Kontinents? Japan war noch im dritten Vier-
tel des 19. Jahrhunderts selber Objekt des Imperialismus und mußte seit
1854 ungleiche Verträge hinnehmen. Es reagierte auf diese Demütigung aber
ganz anders als das benachbarte China. Dank einer innenpolitischen Kraftan-
strengung im Zuge der Meiji-Restauration vermochte es eine Modernisierung
von oben einzuleiten und trat alsbald selber expansiv gegenüber den asiati-
schen Nachbarvölkern auf. Wenn auch seine randständige Lage und das viel
geringere wirtschaftliche Interesse des Auslandes im Vergleich zu China
einen Teil dieses Erfolges erklären¹, so ist doch zu fragen, warum in China

die Reformversuche immer nur halbherzig betrieben wurden und letztlich auch aus innenpolitischen Gründen scheiterten. Die Antwort liegt vermutlich in den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen begründet. In China dominierte eine literarisch gebildete Beamtenkaste, die in ihrem kulturellen Überlegenheitsdünkel die Barbaren zu ignorieren suchte bzw. sie, ähnlich wie frühere Fremdherrschaften, langfristig zu integrieren hoffte, während in Japan, durchaus dem europäischen Feudalismus verwandt, eine Kriegerkaste das politische Sagen hatte, die das imperialistische Eindringen primär als militärische Herausforderung empfand und folgerichtig alles daran setzte, dieser Herausforderung auch militärisch zu begegnen. Die Meiji-Restauration war demnach eine tiefest konservative Bewegung, die unter Adaptierung alles dessen, was an technischen, wirtschaftlichen und administrativen Aspekten im Westen überlegen und nützlich schien, die Nation stärken und gleichzeitig die traditionelle Gesellschaft und ihr Wertesystem erhalten wollte. Nicht zufällig kam deshalb dem Staat bzw. dem Militär bis 1945 die entscheidende Rolle bei der Modernisierung zu. Der wirtschaftliche Dualismus, Kleinbetriebe auf der einen und die alsbald an große Familien-Holdings (Zaibatsu) veräußerten staatlichen Betriebsgründungen auf der anderen Seite, ließ keinen Raum für den mittelständischen Betrieb, in Europa eine wesentliche Basis für die Herausbildung eines auch politisch ambitionierten Bürgertums.

Als ein im Vergleich zu anderen Industrieländern durch besonderen Rohstoffmangel benachteiligter Nachzügler führte Japan bis weit ins 20. Jahrhundert einen Zwei-Fronten-Krieg gegenüber den zu unterwerfenden Kolonialgebieten, um sich die Rohstoffbasis für die Industrialisierung zu verschaffen, und gegenüber den bereits etablierten Großmächten, die den Emporkömmling nicht dulden wollten bzw. ihrerseits um die von Japan ins Auge gefaßten Gebiete rivalisierten. Diese Konstellation ist für zwei Eigenarten des japanischen Imperialismus, eines "Imperialismus ohne Kapital", verantwortlich zu machen. Erstens ging die militärische Expansion immer der wirtschaftlichen Ausbeutung voran (der Handel folgte der Flagge), und zweitens beschränkte sich die Kolonialmacht nach erfolgter Konsolidierung der Herrschaft nicht auf bloße Plünderung, kommerzielle Durchdringung oder allenfalls randständige, enklavenhafte Erschließung, sondern unternahm umfangreiche Aktivitäten zu einer systematischen Inwertsetzung der abhängigen Gebiete.

2) Ein Axiom vieler imperialismustheoretisch beeinflusster Analysen über die Probleme der Dritten Welt lautet, daß im Kolonialismus und Imperialismus die historischen Ursachen der heutigen Unterentwicklung als Folgen der langfristigen Einbindung in internationale Arbeitsteilung, der Zerstörung autochthoner Reproduktionsbedingungen und des Ressourcentransfers in die Industrieländer zu suchen sind. Wie erklärt es sich demgegenüber, daß der Kern des japanischen Kolonialreichs, der die längste und intensivste Phase japanischer Ausbeutung und Unterdrückung erfahren hat, heute trotz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme zu den spektakulärsten Fällen nachholender Entwicklung in der gesamten Dritten Welt gehört und einen prominenten

Platz in der sog. Schwellenländerdiskussion einnimmt? Handelt es sich hier um besondere, anderswo nicht vorliegende Umstände, oder bieten die ostasiatischen Schwellenländer Anlaß zu einer Revision bislang als gesichert geltender Aussagen über die Ursachen von Entwicklung und Unterentwicklung?

3) Eine der Sonderbedingungen ist die Tatsache, daß Ostasien seit Ende der 1940er Jahre ein zentraler Schauplatz des Ost-West-Konflikts wurde². Die revolutionären und kriegerischen Ereignisse in China, Korea und Vietnam hatten vor dem Hintergrund des auch während des Zweiten Weltkrieges latent weiterbestehenden Konflikts zwischen den Alliierten seit 1943/44, spätestens seit 1948 erhebliche Konsequenzen für die späteren Beziehungen der Kriegsgegner und die Beziehungen der Siegermächte gegenüber den von japanischer Herrschaft befreiten Gebieten. Erstens führte der Ost-West-Konflikt zu einer raschen Wiederannäherung der USA und Japans und damit der kurz nach Kriegsende von der amerikanischen Regierung getroffenen Entscheidung, Japan wirtschaftlich wieder zu restaurieren, ihm einen seinen Bedürfnissen angemessenen Platz in der Weltwirtschaft zuzugestehen und seit Mitte der 1960er Jahre, als die Belastungen durch den Vietnamkrieg immer stärker wurden, eine wirtschaftliche Stellvertreterrolle in Ostasien zu überlassen. Zweitens führte der Ost-West-Konflikt zu erheblicher militärischer und finanzieller Hilfe der beiden Supermächte für ihre Klientelstaaten. Die grundsätzliche Frage, die sich daraus ableitet, lautet demnach, inwieweit der Ost-West-Konflikt seit dem Zweiten Weltkrieg die innerimperialistische Konkurrenz als bestimmenden Faktor der internationalen Beziehungen abgelöst hat oder zumindest gleichwertig an seine Seite getreten ist und damit auch mögliche Folgen des Ne imperialismus für den Prozeß der Unterentwicklung tangiert hat.

4) Eine weitere Besonderheit der ostasiatischen Region ist das harte Aufeinandertreffen unterschiedlicher imperialistischer Konzeptionen. Japan suchte nicht nur den in Ostasien engagierten europäischen Mächten sukzessive ihre Pachtgebiete, Interessen- und Einflußsphären und formellen Kolonien zu entreißen und sie dem eigenen Imperium einzuverleiben, ein "klassischer" innerimperialistischer Konflikt, die japanische Expansion stieß außerdem nahezu zeitgleich im pazifischen Raum mit den USA auf eine imperiale Macht, die eine ganz andere, die Konzeption der "offenen Tür" verfolgte, welche allen imperialistischen Mächten gleiche Chancen bei der "friedlichen" und informellen Durchdringung der Dritten Welt einräumen wollte. Waren die Konflikte Japans mit den europäischen Mächten letztlich noch auf Kosten der Kolonialbevölkerung in der vertrauten diplomatischen Manier der Absteckung von Einflußzonen zu lösen, so standen sich seit 1899 mit dem Auftreten der USA zwei letztlich unversöhnliche Prinzipien gegenüber, die schließlich mit dem Pazifikkrieg in einen totalen Konflikt münden mußten. Da dieser Krieg auf dem Territorium der Kolonien oder Halbkolonien ausgetragen wurde, erreichte auch die Kolonialfrage ihren Kulminationspunkt. Was hatte mit den Kolonien nach Ende des Krieges zu geschehen? Gerieten sie unter den Einfluß der Sieger (USA), fielen sie an die ehemaligen Kolonialherren (England,

Frankreich, Niederlande) zurück, die ja zumindest zeitweilig Japan unterlegen waren, oder wurden sie unabhängig? Sollten sie einer Treuhänderschaft der Siegermächte unterstellt werden? Waren die japanischen Kolonien nach Kriegsende anders zu behandeln als die der Siegermächte? Das Auftreten der Sowjetunion auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz eine Woche vor der japanischen Kapitulation machte die Sache noch verwickelter, da jetzt ebenso wie in Europa die Frage der Einflußzonen auch aus der Perspektive unterschiedlicher Gesellschaftssysteme aufgeworfen wurde. Damit stellt sich die allgemeine Frage, inwieweit nicht in durchaus dialektischer Weise die Austragung unversöhnlicher imperialistischer Konflikte einerseits den Boden für die Entkolonialisierung bereitet und andererseits die Grundlagen für neue, informelle Abhängigkeiten geschaffen hat.

Zur Illustrierung der aufgeworfenen Fragen soll eine skizzenhafte Darstellung der Ereignisse seit 1895 gegeben werden, wobei die Aktivitäten Japans und die Sichtweise der betroffenen Regionen, exemplarisch Koreas, im Vordergrund stehen⁵. Diese Darstellung wird dem Fachpublikum kaum neue Informationen bieten. Worauf es in diesem Beitrag vielmehr ankommt, ist die Interpretation an sich bekannter weltpolitischer Tatbestände aus einer entwicklungstheoretischen Perspektive unter Zuspitzung auf die Frage, welchen Erklärungswert die Dependenztheorie für die heutige Entwicklung dieser Region noch besitzt. Der Verfasser verfolgt dabei nicht zuletzt die Absicht, in eine steril gewordene Diskussion um die Dominanz externer oder interner Ursachen im Prozeß von Entwicklung und Unterentwicklung neue Bewegung zu bringen⁴.

2. ETAPPEN DES JAPANISCHEN IMPERIALISMUS

Nach drei siegreich beendeten Angriffskriegen, 1894/95 gegen China, 1904/05 gegen Rußland und 1914 gegen Deutschland, war es Japan gelungen, sich zur eindeutig dominierenden Macht in Fernost aufzuschwingen, die für die eigene nachholende Entwicklung notwendigen Rohstoffquellen und Absatzmärkte unter Kontrolle zu bringen und von den Westmächten als gleichberechtigter Partner im imperialistischen Konzert anerkannt zu werden. Während sich im chinesischn-japanischen Krieg um die Oberhoheit in Korea bereits erwiesen hatte, daß die Modernisierungsanstrengungen seit der Meiji-Restauration zu einer militärischen Überlegenheit gegenüber dem ressourcenmäßig weit besser gerüsteten China geführt hatten, sah sich Japan durch die Intervention der einmaligen ostasiatischen "Tripelallianz" aus Rußland, Frankreich und Deutschland um wesentliche Erfolge des Kriegs geprellt. Die 1895 im Vertrag von Shimonoseki China auferlegten Konzessionen: Anerkennung der Unabhängigkeit Koreas; Abtretung des südlichen Teils der Provinz Fengtien (= Liautung-Halbinsel mit den Häfen Port Arthur und Dairen), Taiwans und der Pescadore;

Zahlung einer hohen Kontribution sowie den Abschluß eines Handels- und Schiffsverkehrsvertrags (1896), der Japan u. a. das Recht auf Meistbegünstigung und die Gründung von Industriebetrieben in China einräumte⁵, mußte in einem wichtigen Punkt, nämlich dem Fußfassen in der südlichen Mandschurei, aufgrund der Intervention der Mächte wieder rückgängig gemacht werden. Auch die auf englischen Druck zustande gekommene Teilnahme Japans an der Niederschlagung der Yihotuan (Boxer) im Jahre 1900, bei der Japan das mit Abstand größte Truppenkontingent zu stellen und die Hauptlast der Kämpfe zu tragen hatte⁶, war eher der Ausweis seiner Underdog-Position gegenüber den Alliierten. Erst der 1902 mit England geschlossene Bündnisvertrag, 1905 und 1911 verlängert und bis 1921 in Kraft, brachte Japan einen ersten diplomatischen Erfolg im Konzert der Großmächte, da er von seiten Englands die Anerkennung der japanischen Interessen in Korea bedeutete und ihm gegenüber dem seit 1896 ebenfalls in Korea engagierten Rußland den Rücken freihielt.

Den geostrategischen Vorteil und die relative Schwäche des Gegners ausnützend, gelang Japan die rasche Niederwerfung Rußlands in Ostasien. Im Frieden von Porthmouth erkannte jetzt auch Rußland den japanischen Einfluß in Korea an, das 1905 in ein Protektorat verwandelt und 1910 formell annektiert wurde, und trat sein 1898 in der Südmandschurei erworbenes Pachtgebiet Liaotung sowie die südmandschurische Eisenbahn nebst allen sonstigen Rechten an Japan ab. Aber auch hier war Japan noch bereitwillig auf die amerikanische Vermittlung eingegangen, da man zwar einige Schlachten gewonnen, aber keineswegs das Zarenreich besiegt hatte.

Erst der Erste Weltkrieg, der die deutsche Position in China und im Pazifik unhaltbar machte, und Rußland mit der Revolution vorläufig aus dem Kreis der imperialistischen Mächte ausscheiden ließ, brachte für Japan den endgültigen Durchbruch. Weiterhin der englischen Rückendeckung gewiß, und die Schwäche der in Europa gebundenen Mächte ausnützend, griff Japan das deutsche Pachtgebiet Kiautschou an, übernahm die deutschen Konzessionen in Shantung und die deutschen Mandatsinseln im Pazifik. Nach der Besetzung Shantungs richtete es daraufhin 1915 in ultimativer Form die sog. "21 Forderungen" an China, obwohl China selber deutscher Kriegsgegner war. Sie beinhalteten die Verlängerung der ehemaligen russischen Rechte von 25 auf 99 Jahre sowie weitere Eisenbahn- und Bergwerkskonzessionen in der Südmandschurei, der Ostmongolei und Nordchina. Angesichts des militärischen Kräfteverhältnisses blieb China keine Wahl als diese Forderungen weitgehend zu akzeptieren.

Die Washingtoner Konferenz von 1921, dem fernöstlichen Pendant zu Versailles, wo die China-Frage noch ungelöst geblieben war, bestätigte bis auf die Rückgabe Shantungs die japanischen Erwerbungen in Ostasien, indem die USA, Großbritannien, Frankreich und Japan gegenseitig ihre Kolonien anerkannten. Dennoch wurde die Konferenz, ähnlich wie in Deutschland, als Schmach empfunden, da Japan erstmals vertraglich in die Open-Door-Forderung der USA⁷ einwilligen und seine Flottenstärke im Pazifik im Vergleich zur ameri-

kanischen und englischen auf das Verhältnis 3:5:5 begrenzen mußte. Die Saat zu neuen Konflikten und zu neuer Expansion war gelegt.

Erst jetzt, nachdem der Kolonialbesitz fürs erste militärisch und politisch konsolidiert war, ging Japan an die vorrangig agrarische Erschließung von Korea und Taiwan, die vor dem Hintergrund der Reisaufstände in Japan 1918/19 gesehen werden müssen⁸. Der erst nach 1895 und vor allem seit dem Ersten Weltkrieg verstärkt einsetzende Industrialisierungsschub in Japan warf neben der Nahrungsmittelversorgung zwei weitere gravierende Probleme auf. Die japanische Industrialisierung, vor allem im leichtindustriellen Sektor, war bis in die 1930er Jahre in starkem Maße exportgetrieben, da das niedrige Einkommensniveau der Arbeiter und Bauern der Expansion des Binnenmarkts für Massenkonsumgüter enge Grenzen setzte. Hier sollte vor allem der Textil-export in die Kolonien, aber auch nach China, Südasien und die USA das Ventil bilden. Damit setzte Japan bereits damals einen Verdrängungswettbewerb bei Billigprodukten in Gang, der natürlich, besonders seit der Weltwirtschaftskrise, zu wachsenden Konflikten mit den westlichen Konkurrenten führte.

Das zweite, für die japanische Expansion bestimmendere Problem war der außerordentliche Mangel an schwerindustriellen Rohstoffen. Japan verfügt weder in nennenswertem Maße über Kohle und Eisenerz als den klassischen Gütern der ersten Phase der industriellen Revolution, noch über Öle, Bauxit, Kautschuk und diverse NE-Metalle, die in der zweiten Phase benötigt wurden. Hier sollten und konnten Korea, Nordchina und vor allem die Mandschurei Abhilfe schaffen. Die einschlägigen japanischen Dokumente, auch wenn sie wie das berühmte Tanaka-Memorandum⁹ von 1927 in ihrer Echtheit angezweifelt werden, machen deutlich, daß Japan eine konsequente Expansionspolitik in der Mandschurei, Mongolei und Nordchina verfolgte, um die benötigten Rohstofflagerstätten militärisch und politisch unter seine Kontrolle zu bringen. Auch wenn es zwischen der militärischen und zivilen Führung Konflikte über Art, Ausmaß und Tempo des Vorgehens gab und sich offenbar erst seit 1931/32 die Radikalen im jüngeren Offizierskorps gegenüber den Politikern durchsetzten, so war das weitere Vorgehen doch konsequent, bestätigte zumindest faktisch das Tanaka-Memorandum und schloß an die seit 1894 verfolgte Tradition der hemmungslosen Ausnutzung der Schwäche der jeweiligen Kontrahenten an.

Die Inszenierung¹⁰ des sog. "Mukden-Zwischenfalls" 1931 führte zur Ablösung des letzten zivilen Kabinetts in Japan und wurde zum Anlaß der militärischen Besetzung der Mandschurei, wobei die nur lasche Reaktion des Völkerbunds, vergleichbar dem Verhalten gegenüber der späteren deutschen Expansion in Mitteleuropa, Japan in seinem weiteren Vorgehen eher bestärkt haben dürfte. Die Ausgliederung der Mandschurei aus dem chinesischen Staatsverband und die Gründung des Marionettenstaats "Mandschukuo" im Jahre 1932, dem 1933 noch die nordchinesische Provinz Jehol und ein Teil der Inneren Mongolei angegliedert wurde, war die Voraussetzung einer für Dritte-Welt-Verhältnisse unvergleichlichen wirtschaftlichen Erschließung. Der Austritt aus dem

Völkerbund (1933) sowie die Kündigung des Washingtoner Vertrags und des Londoner Flottenabkommens (1934) sowie der Abschluß des Antikominternpacts (1936) machten deutlich, daß Japan ohne Rücksicht auf die Weltmeinung und ungebunden durch rüstungsbeschränkende Vereinbarungen seine politische und militärische Expansion fortzusetzen gedachte. Der "Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke" in der Nähe von Peking (1937) wurde zum Anlaß des raschen Vormarsches in Nordchina, im Yangtze-Tal und zur Besetzung der wichtigsten Küstenstädte. Mit der Etablierung der zweiten, unter japanischer Kontrolle stehenden Marionettenregierung in Nanking 1938, die bis 1945 Bestand hatte und die wirtschaftlich interessanten Gebiete Chinas weitgehend kontrollierte, war ein vorläufiger Abschluß der japanischen Expansion durch die Gründung des "Japan-Mandschukuo-China-Wirtschaftsblock" bzw. Yen-Blocks erreicht. Seit 1938 ersetzte ein Fünf-Jahresplan für den gesamten Yen-Block die regionalen Entwicklungspläne für Korea, Taiwan und Mandschukuo. Bis auf Öl, Kautschuk, Baumwolle und einige NE-Metalle war das japanische Imperium wirtschaftlich autark.

3. DIE AUSWIRKUNGEN DER JAPANISCHEN KOLONIALHERRSCHAFT IN DEN ABHÄNGIGEN GEBIETEN

Wenn man die Auswirkungen der japanischen Kolonialherrschaft auf die abhängigen Gebiete einer kritischen Würdigung unterzieht¹¹, ist die japanische Besonderheit in Rechnung zu stellen, daß neben das private Profitabilitätskriterium der Zaibatus immer geostrategische und rüstungswirtschaftliche Interessen traten, die vor allem seit den 1930er Jahren zunehmend im Vordergrund standen. Private Aktivitäten und Gewinne in den Kolonien waren zwar erwünscht, sie wurden aber zunehmend in langfristige staatliche Entwicklungspläne und durch Joint Ventures eingebunden, bei denen die Armee bzw. halb- oder ganzstaatliche Unternehmen, wie etwa die südmandschurische Eisenbahngesellschaft mit vielfältigen Wirtschaftsinteressen, die Partner der Zaibatus waren. Nur so ist die zielstrebige, rasche und durchaus effektive Agrarmodernisierung und Industrialisierung in den abhängigen Gebieten verständlich.

In Korea wurden nach der Einsetzung des Generalgouverneurs (1910) mit dem Aufbau eines Verwaltungs- und Polizeisystems die administrativen und repressiven Rahmenbedingungen geschaffen. Drei Fünftel selbst der unteren Dienstränge der Polizei waren Japaner! Die bis 1918 abgeschlossene Landvermessung und Bodenprospektion war die Voraussetzung zur Etablierung agrarkapitalistischer Rechtsverhältnisse und Basis einer langfristigen Planung zur Steigerung der Reisproduktion. Staatlicher Agent war die "Oriental Development Company", die später ihre Aktivitäten auch auf die Mandschurei, Nordchina und die Mongolei ausdehnte, und zum größten Grundherrn neben den koreanischen Landlords wurde. Auch wenn die geplante Ansiedlung japanischer

Bauern nur geringe Erfolge zeigte und im wesentlichen auf koreanische Pächter zurückgegriffen werden mußte, so waren die Agrarinvestitionen zur Ausdehnung der Ackerfläche von 4,5 auf 5 Mio ha (1938), für Bewässerungsanlagen und Handelsdüngererzeugung doch beträchtlich. Die Reisproduktion konnte von 25 Mio (1910) auf 39 Mio hl (1940) gesteigert werden, wobei die Produktionszuwächse nach Japan exportiert wurden, so daß die Versorgung der einheimischen Bevölkerung sich nicht verbesserte. Die Reisexporte stiegen von 4 Mio (1915/19) auf 14 Mio hl (1930/36)¹². Im Gegenteil, als sich in den 1930er Jahren die japanische Inlandsversorgung gebessert hatte und die japanischen Erzeuger unter den Preisdruck des koreanischen und taiwanesischen Importpreis gerieten, wurden weitere produktivitätssteigernde Maßnahmen in Korea gestoppt. Die Exportzuwächse gingen seitdem nur noch zu Lasten des Inlandsverbrauchs und führten zu einer rapiden Verschlechterung der Versorgungslage bzw. dem Ausweichen auf minderwertigere Getreidesorten.

Im Bereich des Bergbaus war zunächst eine systematische Lagerstätten erkundung vorgenommen worden, die bis 1923 zur Auffindung von 115 Mineralien und seltenen Erden führte. Die eigentliche Industrialisierung, vor allem im Bereich der Schwerindustrie, setzte erst in den 1930er Jahren ein, nachdem Japan seit 1933 einen neuen Industrialisierungsboom erfuhr, der verstärkte Rohstofflieferungen verlangte (Kohle, Eisenerz), und die japanische Aufrüstung in den 30er Jahren große Mengen von Leicht- und Schwermetallen für den Bau von Flugzeugen und Panzerungen sowie chemische Produkte (Sprengstoff) benötigte. Zwischen 1929 und 1940 stieg der Wert der industriellen Produktion in Korea von 350 Mio auf 1,8 Mrd Yen, wovon knapp 55 Prozent (!) auf die Schwerindustrie, allein 37 Prozent auf die chemische Industrie (Kunstdünger und Sprengstoff), entfielen. Sektoral wurde die Landwirtschaft in ihrem Beitrag zum Sozialprodukt etwa 1940 von Bergbau und Verarbeitende Industrie übertroffen, obwohl sie 1910 noch einen Anteil von knapp 90 und noch 1933 von 67 Prozent gehalten hatte¹³.

Möglich war diese Entwicklung, weil ihr ein für Kolonialgebiete erstaunlicher Ausbau der Infrastruktur vorausgegangen war. Bis 1940 wurden 5 670 km Eisenbahnen in Korea gebaut (in der Mandschurei noch einmal etwa die gleiche Streckenlänge zu den bereits bestehenden Linien), die hauptsächlich in Nord-Süd-Richtung verliefen und damit die Verbindung zwischen der Mandschurei und den südkoreanischen Häfen zum Weitertransport nach Japan herstellten. Hinzu kamen Landstraßen, Hafenbauten, Kommunikationsnetze und Wasserkraftwerke im Norden Koreas, die gleichzeitig die Mandschurei mit Energie versorgten.

Nachdem es im Frühjahr 1919 zu großen Protestdemonstrationen gegen die japanische Herrschaft gekommen war, die nicht zuletzt durch die Oktoberrevolution und Wilsons 14-Punkte-Erklärung ermutigt worden waren, praktizierten die Japaner in den 1920er Jahren ein vergleichsweise "liberales" Regiment. Erst die Umstellung der koreanischen Wirtschaft auf die Rüstungserfordernisse führte seit Anfang der 1930er Jahre zu verschärfter Repression.

Nicht nur waren sämtliche Arten politischer und publizistischer Betätigung durch Koreaner verboten, die Japanisierungsversuche trieben teilweise ausgesprochen hysterische Blüten, indem das Japanische nicht nur zur Amtssprache wurde, sondern die Koreaner auch japanische Namen annehmen mußten und ihnen selbst innerhalb der Familie der Gebrauch der koreanischen Sprache untersagt wurde. Auch wenn die massenhafte Einwanderung von Japanern nicht zustande kam - die in Korea ansässigen Japaner beschränkten sich weitgehend auf die Leitungstätigkeiten in Verwaltung, Industrie, Handel und Dienstleistungen -, so praktizierte Japan doch eine regelrechte Apartheidpolitik, indem alle qualifizierten Positionen nahezu ausschließlich Japanern vorbehalten blieben.

Während die koreanische Wirtschaft weitgehend auf die Produktion und den Export von landwirtschaftlichen und mineralischen Rohstoffen und schwerindustriellen Zwischenprodukten ausgerichtet war, lag der Akzent der in Mandschukuo seit 1933 unter Leitung der Armee ebenso forciert und planmäßig betriebenen Industrialisierung auf einer Schwerindustrie, die von den Erz- und Kohlegruben über die Hütten und Metallverarbeitung bis zum Maschinen- und Fahrzeugbau eher integriert war, wobei Mandschukuo seinerseits Nordchina und Korea mit Maschinen belieferte¹⁴. Die geplante Ansiedlung von japanischen Bauern in dem weitgehend öden Land scheiterte, da wegen des im Zuge der weiteren militärischen Expansion hohen Bedarfs an Soldaten und Rüstungsarbeitern mögliche Aussiedler in Japan knapp wurden und auch wenig Bereitschaft von seiten der Bauern bestand. In Taiwan konzentrierten sich die japanischen Aktivitäten neben dem Ausbau der Infrastruktur in erster Linie auf die Landwirtschaft, wo Reis und Zucker für den japanischen Bedarf angebaut wurden. In Nordchina, wo die japanische Besatzung am kürzesten währte und die Investitionstätigkeit entsprechend gering war, wurden neben Kohle vor allem textile Rohstoffe (Wolle und Baumwolle) produziert.

Das Zusammenwirken des Yen-Blocks¹⁵, der in den Jahren 1940-41 seine größte Effektivität erreichte, ist folgendermaßen zu skizzieren: Für alle Blockmitglieder existierte eine nach kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtete langfristige Planung, die für den Block insgesamt eine weitgehende Autarkie anstrebte und auf einer internen Arbeitsteilung beruhte. Das rohstoffarme Japan, auf das diese Arbeitsteilung zugeschnitten war, beherbergte neben den Kommandozentralen vor allem die Verarbeitende Industrie im Bereich der Konsum- wie der Produktionsgüter. Die Kolonien und besetzten Gebiete lieferten Rohstoffe, Nahrungsmittel, Zwangsarbeiter, Soldaten und nach Maßgabe der jeweiligen Ressourcenausstattung auch industrielle Grundstoffe und Zwischengüter. Mangel und damit eine gewisse Importabhängigkeit des Yen-Blocks herrschte vor allem bei Öl, Kautschuk und Baumwolle, wobei vorläufig die USA der wichtigste Lieferant blieben.

Überwölbt wurde das Ganze von einem dichten Netz aus Eisenbahnen, Häfen und Schiffsverbindungen, das allerdings im letzten Glied der Kette, der An-

bindung an Japan, unter militärischen Gesichtspunkten recht verwundbar war, wie der spätere Kriegsverlauf deutlich machen sollte. Die Exporte und Importe der einzelnen Teile waren nahezu ausschließlich auf den Yen-Block mit Japan als Zentrum ausgerichtet. Lediglich das Mutterland selber verfügte über Handelsbeziehungen zu Drittländern.

Zieht man eine Bilanz unter den Gesichtspunkt, welchen Saldo die abhängigen Gebiete trotz der politischen Unterdrückung zu verbuchen hatten, so muß darauf hingewiesen werden, daß trotz aller eindrucksvollen Wachstumsraten jedes Gebiet für sich aufgrund der einseitigen und spezialisierten Ausrichtung der Ökonomie nicht lebensfähig war und immer der Input-Output-Beziehungen zu Japan bzw. anderen Gliedern des Yen-Blocks bedurfte. Auch dürfte dank des Apartheidsystems der Lerneffekt für die einheimischen Arbeitskräfte begrenzt gewesen sein, da die qualifizierten Leitungs- und Ingenieurpositionen weitgehend von Japanern besetzt wurden. Dennoch sollte betont werden, daß unter geänderten politischen Bedingungen, wie sie nach 1945 gegeben waren, die in japanischem Interesse gebauten Eisenbahnen, Häfen, Bergwerke, Kraftwerke, Industrieanlagen und nicht zuletzt die modernisierte Landwirtschaft zu Aktivposten in den Händen von Koreanern und Chinesen werden konnten, die seitdem über für Dritte-Welt-Verhältnisse einzigartige industrielle und sogar schwerindustrielle Kapazitäten verfügten, die bis heute in der Mandschurei und Nordkorea die Akzente setzen. Auch die agrarische Entwicklung war untypisch im Vergleich zu anderen Kolonien, insofern die japanischen Interessen sich auf Reis und Soja, Wolle und Baumwolle, also Grundnahrungsmittel und textile Rohstoffe konzentrierten, die damals wie heute Grundlage der Versorgung auch der einheimischen Bevölkerung bilden.

Im stärker agrarisch geprägten Südkorea und in Taiwan waren neben den Infrastrukturbauten vor allem die Maßnahmen im Bereich der Bodenordnung (Katasterwesen, Einteilung des Bodens nach Güteklassen, Expropriation der absentee-landlords) wesentliche Voraussetzungen für die raschen und radikalen Agrarreformen in beiden Ländern Anfang der 1950er Jahre. Ohne die aus ihnen resultierenden landwirtschaftlichen Leistungssteigerungen wären weder das hohe Agrarwachstum noch die Freisetzung von Arbeitskräften möglich gewesen, beides wiederum wichtige Faktoren für die spätere Industrialisierung, die ihren Ausgang bei den arbeitsintensiven Leichtindustrien nahm. Außerdem eröffnete sich so im Falle Taiwans die Möglichkeit, die Entwicklung im Bereich der Landwirtschaft durch den Export veredelter Agrarprodukte beginnen zu lassen.

Ganz anders wären die Hypothesen zu veranschlagen, wenn Japan etwa aus Taiwan ein zweites Kuba gemacht und dort nur eine enklavenhafte Plantagenökonomie begründet und Zucker für den Weltmarkt hätte anbauen lassen.

4. VOM KRIEGSGEGNER ZUM VERBÜNDETEN: DER WANDEL IN DEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN USA UND JAPAN

Obwohl die militärischen Auseinandersetzungen in China im Verlauf des Jahres 1938 bis auf die kommunistische Querilla-Tätigkeit weitgehend aufgehört hatten, und die französische Vichy-Regierung den japanischen Einmarsch in Indochina 1940 gestattet hatte, strebte der Konflikt mit den USA einem diplomatisch kaum noch zu lösenden Zustand entgegen¹⁶. Mit jeder weiteren asiatischen Region, die Japan unter seine Kontrolle brachte, kam es seinen Autarkiebestrebungen einen Schritt näher und reduzierte damit gleichzeitig die amerikanische Interessen- und Handelssphäre im pazifischen Raum, deren Politik nach wie vor auf den Prinzipien der open door beruhte. Neben der militärischen Unterstützung der Kuomintang (KMT), die allerdings auch durch starke innenpolitische Rücksichtnahmen gegenüber den chinesischen Kommunisten motiviert war, vertrauten die USA zunächst auf den wirtschaftspolitischen Hebel. Der Ankündigung, den Handelsvertrag mit Japan 1940 auslaufen zu lassen, folgte im Juli 1941 ein Exportverbot nach Japan, dem sich England und die Niederlande (indonesisches Öl) anschlossen, das im August wirksam wurde. Japan stand vor der Alternative, den Krieg nach Süden auszuweiten, um sich die Rohstoffe Indonesiens und Burmas (Öl) und Malayas (Kautschuk, Bauxit, Zinn) zu sichern, oder zurückzuweichen, was angesichts der Militarisierung der japanischen Gesellschaft aus innenpolitischen Gründen kaum möglich war. Nachdem die USA das japanische Angebot: indonesisches Öl gegen den Rückzug aus Indochina abgelehnt hatten, faßte Tokio am 17. 9. 1941 den Beschluß zur Ausweitung des Krieges, der am 1. 12. 1941 lediglich noch formell bestätigt wurde.

Für unsere Fragestellung weniger interessant ist der Verlauf des Pazifikkrieges, als die globalen politischen Konsequenzen, die der Krieg mit sich brachte. Der rasche japanische Vormarsch auf den Philippinen, in Malaya, Burma und Indonesien - besondere Symbolkraft hatte die Eroberung Singapurs am 15. 12. 1942, selbst ein Angriff auf Indien schien nicht mehr ausgeschlossen - stellte nämlich die europäische Kolonialherrschaft in Asien insgesamt in Frage. Welche Legitimation besaßen die englischen, französischen und niederländischen Kolonialherren nach dem japanischen Abzug noch, wieder ihre alten Rechte wahrzunehmen? Zumal die Japaner in den von ihnen besetzten Kolonien der Europäer die nicht ungeschickte Strategie verfolgten, diese in die "Unabhängigkeit" zu entlassen (so Burma am 1. 8. 1943) und die nationalen Befreiungsbewegungen mit dem Versprechen zu ködern, diese Gebiete in die seit 1940 propagierte "Großostasiatische gemeinsame Wohlstandssphäre" einbinden zu wollen. Zu diesem Zweck veranstaltete Japan im November 1943 die "Groß-ostasiatische Konferenz", die als Gegenstück zur Atlantik-Charta gedacht war und den politischen Versuch darstellte, die militärische Niederlage noch abzuwenden. Konnte es andererseits im Interesse der USA liegen, die militärische Hauptlast im Krieg gegen Japan zu tragen, damit Europa wieder in den Besitz seiner Kolonien kam?

Während die Atlantik-Charta im August 1941 die Asienfrage noch ausklammern konnte, da die USA sich noch nicht im Kriegszustand mit Japan befanden, ließ sich der englisch-amerikanische Konflikt auf der Konferenz von Kairo im November 1943, als die Kriegsziele gegenüber Japan festgelegt wurden, nur noch mühsam überdecken. Roosevelt, Churchill und Chiang einigten sich zwar darauf, daß China sämtliche an Japan abgetretenen Territorien zurückerhalten sollte. Auch hatten die Alliierten sämtliche in China noch vorhandenen Konzessionen (mit Ausnahme Hongkongs) wieder an China überantwortet. Aber bereits die Korea betreffende Formulierung, das, obwohl doch gar kein Kriegsgegner, erst "zu gegebener Zeit"¹⁷ frei und unabhängig werden sollte, warf ein Schlaglicht auf das Problem. Wenn man den nichtchinesischen Kolonien Japans die Unabhängigkeit zusicherte, warum dann nicht auch Indochina, Burma, Malaya, Indonesien...? Solange man die Korea-Frage durch eine vage Formulierung offenhielt, mußte man sich auch nicht über die europäischen Kolonien äußern.

Das zweite Problem betraf die Beziehungen zur Sowjetunion. Der harte japanische Widerstand auf den Pazifik-Inseln hatte deutlich gemacht, daß eine Besetzung des japanischen Kernlandes nicht ohne erhebliche amerikanische Verluste an Menschenleben vonstatten gehen würde. Die seitdem verfolgte Strategie, den Krieg möglichst material-, aber wenig menschenintensiv zu führen, eines Krieges, dessen Ende selbst im Februar 1945 noch nicht abzusehen war, kalkulierte deshalb mit der militärischen Unterstützung durch die Sowjetunion, die auf dem chinesischen Festland die noch weitgehend intakte Kwangtung-Armee bekämpfen sollte. Der Preis für den sowjetischen Kriegseintritt in Ostasien, im geheimen Zusatzabkommen auf der Jalta-Konferenz festgelegt und von Stalin bereits auf der Teheran-Konferenz zugesagt, bestand darin, daß die Sowjetunion die bis 1905 bestehenden Rechte des Zarenreichs in der Mandchurei (Port Arthur, Eisenbahnen etc.) wiedererlangen sollte. Bei einem sowjetischen Vormarsch drohte auch Korea in den sowjetischen Einflußbereich zu fallen. Die Sowjetunion würde also eine starke Präsenz auch in Ostasien gewinnen. China, dessen Zustimmung erst nachträglich durch einen chinesisch-sowjetischen Vertrag eingeholt werden sollte, war abermals das Opfer separater Abmachungen der Supermächte.

Damit rückte, wie aus den inzwischen zugänglichen Akten ersichtlich, bereits während des Krieges die Rolle Japans nach dem Krieg ins Zentrum der Diskussion innerhalb der US-Administration, zumal völlig offen war, welche Partei sich in China letztlich durchsetzen würde. Die mögliche Konstellation, daß nicht das mit den USA verbündete China Chiangs, sondern das mit der Sowjetunion verbündete China Maos das Vakuum auffüllen könnte, das nach der japanischen Niederlage in Ostasien entstehen würde, führte deshalb bereits seit Ende 1943 in der amerikanischen Regierung zu Überlegungen hinsichtlich der künftigen Rolle Japans und der möglichen Wiederannäherung der Kriegsgegner¹⁸. Das Problem bestand darin, daß das besiegte Japan nicht nur militärisch, sondern ohne den Yen-Block auch wirtschaftlich schwach

war, folgerichtig man nicht nur Wiederaufbauhilfe zu leisten, sondern Japan auch einen Platz in einer nach amerikanischen Vorstellungen neu zu ordnenden freien Weltwirtschaft ohne Interessensphären und Einflußzonen einzuräumen hatte, in der Japan seine Rohstoffe beziehen und seine Fertigwaren absetzen konnte. Damit schloß sich der Kreis des amerikanischen Dilemmas, geriet man doch so erneut in Gegensatz zu England, das ebenso wie die Sowjetunion nicht nur in Europa, sondern auch in Asien in den Kategorien der Einflußzonen dachte.

Das abrupte Ende des Pazifikkrieges ist aus der Perspektive des sich abzeichnenden Ost-West-Gegensatzes folgendermaßen zu interpretieren¹⁹: Am 25.4.1945 erfuhr der gegenüber Roosevelt weniger kompromißbereite Truman erstmals, daß das Manhattan-Projekt (Atombombe) vor dem erfolgreichen Abschluß stand. Damit eröffnete sich die Möglichkeit, den Krieg rasch und aus der Luft zu beenden, ohne daß das Leben amerikanischer Soldaten geopfert würde, und ohne daß ein sowjetischer Kriegseintritt noch nötig war. Im Mai 1945 faßte die US-Regierung den Beschluß, den Krieg ohne Hilfe der Sowjetunion zu beenden²⁰. Am 16. Juni wurden die Atombombentests in Alamogordo erfolgreich abgeschlossen. Am 26. Juli erfolgte von Potsdam aus das Ultimatum zur bedingungslosen Kapitulation, das von Japan vor allem wegen der Frage der zukünftigen Rolle des Kaisers abgelehnt wurde. Am 6. August wurde die erste Atombombe über Hiroshima abgeworfen. Stalin²¹, der den amerikanischen Strategiewandel offenbar durchschaute, konterte am 8. August mit dem sowjetischen Kriegseintritt und dem raschen Vormarsch in der Mandschurei, obwohl der Kriegseintritt erst für einen Zeitpunkt nach der Vertragsschließung mit China geplant war, das auf amerikanischen Druck die Verhandlungen verzögert hatte. Damit war klar, daß die Sowjetunion auf dem Festland einen strategischen Vorteil erringen würde. Ohne auf die japanische Kapitulationserklärung zu warten, warfen die USA am 9. August die zweite Atombombe auf Nagasaki, die als Demonstration gegenüber der Sowjetunion gewertet werden muß²², und verständigten sich gleichzeitig nach einer Nachsitzung hektischer Beratungen (vom 10. auf den 11. August) mit der Sowjetunion über eine vorläufige Teilung Koreas entlang des 38. Breitengrades²³. Am 14. August, dem Tag der japanischen Kapitulation, schloß die Sowjetunion mit Chiang einen Freundschafts- und Bündnisvertrag, um die ihr in Jalta zugesagte Kriegsbeute, die Rechte in der Mandschurei, zu kassieren. Damit waren von beiden Seiten die Pflöcke eingeschlagen, die die geographischen Fronten des späteren Ost-West-Konflikts in Ostasien bestimmen sollten.

Die USA schlossen ohne sowjetische Beteiligung den Waffenstillstand, konnten Japan, wenn man von der eher symbolischen englischen Teilnahme absieht, allein besetzen und damit über dessen künftiges Schicksal allein bestimmen. Die Sowjetunion besetzte die Mandschurei und Korea bis zur Demarkationslinie und hatte damit die Position zurückgewonnen, die die Zaren 1905 verloren hatten. Die Interessen Chinas waren übergangen worden, Korea geteilt, seine nationale Einheit und Unabhängigkeit einer fünfjährigen "Treuhän-

derschaft" überantwortet, die auf der Moskauer Außenministerkonferenz 1945 gegen koreanische Opposition beschlossen wurde.

Über die Frage, wer die weitere Eskalation des Ost-West-Konflikts zu verantworten hat, ist eine heftige Debatte zwischen der orthodoxen und der sog. revisionistischen Geschichtsschreibung entbrannt. Festzustehen scheint allerdings, daß die USA ursprünglich auf eine lange militärische Präsenz in Korea verzichten und tatsächlich eine weitgehende Entmilitarisierung, Demokratisierung und wirtschaftliche Entflechtung in Japan betreiben wollten, obwohl bereits im Mai 1947 die Entscheidung getroffen wurde, daß keine Reparationen zu leisten und keine Demontage vorzunehmen sei, wie sie noch von Botschafter Pauley vorgeschlagen worden war, und im April 1948 die Entflechtung der Zaibatzus gestoppt wurde²⁴. Schließlich räumten verabredungsgemäß sowohl die sowjetischen wie die amerikanischen Truppen Korea im Jahre 1948. Das Wiederaufflammen des Bürgerkriegs in China, dessen Verlauf seit 1948 den Sieg der Kommunisten wahrscheinlich machte, obwohl die Sowjetunion bis zum Schluß die KMT politisch stützte, und der Koreakrieg, in dem die koreanischen Kommunisten die nationale Frage in die eigenen Hände nehmen wollten, führten zum endgültigen Durchbruch einer Neuformulierung der amerikanischen Politik in Ostasien.

Die letzte Juni-Woche des Jahres 1950 ist deshalb von ähnlich globaler und langfristiger Bedeutung wie die Augusttage des Jahres 1945. Am 26.6.1950, zwei Tage nach dem nordkoreanischen Angriff, traf Truman vier folgenschwere Entscheidungen: Erstens die in Japan stationierten Truppen unter dem Befehl McArthurs in den Korea-Krieg eintreten zu lassen; zweitens die 7. Flotte in die Straße von Taiwan zu verlegen und damit eine möglicherweise bevorstehende Invasion durch die Volksbefreiungsarmee zu verhindern; drittens Frankreich in seinem Kolonialkrieg in Vietnam und viertens die philippinische Regierung gegen den Hukbalahap-Aufstand zu unterstützen. Damit waren die bis heute weitgehend gültigen militärischen Parameter in Ostasien festgelegt²⁵.

Am 8.9.1951 wurde gegen sowjetischen Protest und starken Widerstand in Asien in San Francisco der Friedensvertrag mit Japan und am selben Tage ein amerikanisch-japanischer Militärpakt geschlossen. Japan sollte wirtschaftlich restauriert werden und zunächst ganz konkret Rüstungsgüter für den Koreakrieg liefern²⁶. Ähnliche Militärpakte mit Südkorea am 1.10.1953 und Taiwan am 2.12.1954 waren nicht nur die Basis der militärischen Präsenz der USA in Ostasien, sondern auch der massiven militärischen und finanziellen Hilfe für beide Länder²⁷. Der Vietnamkrieg schließlich, der seit Mitte der 1960er Jahre für die USA immer kostspieliger wurde, führte zu einer Reduzierung und völligen Einstellung der US-Hilfe für Südkorea und Taiwan. An diese Stelle der USA trat das wirtschaftlich wieder prosperierende Japan²⁸. Gegen massiven Widerstand in Südkorea wurde 1965 ein Normalisierungsvertrag mit Japan geschlossen²⁹. Seitdem flossen neben den amerikanischen auch japanische Anleihen nach Südkorea und Taiwan.

5. SÜDKOREA UND TAIWAN: SCHWELLENLÄNDER ODER PRODUKTE DES JAPANISCHEN NEOIMPERIALISMUS?

Die entwicklungspolitische Diskussion ist seit einigen Jahren um den Begriff "Schwellenland" bereichert worden, ohne daß sich bislang eine allgemein akzeptierte Definition des Begriffs durchgesetzt hat. Schwellenländer sind Länder, die sich in verschiedener Hinsicht auf ein Entwicklungsprofil von OECD-Gesellschaften zubewegen³⁰. Stehen die von ihnen ausgehende Konkurrenz und die Strukturkrise der Industrieländer im Vordergrund, werden ihre Industrialisierungsdynamik und der hohe Anteil von Fertigwaren am Export dieser Länder hervorgehoben. Geht es um Kriterien zur Vergabe von Entwicklungshilfe, werden zusätzlich Indikatoren wie Alphabetisierungsgrad, durchschnittliche Lebenserwartung und Einkommensverteilung berücksichtigt. Bemüht man sich um die entwicklungstheoretische Klärung des Phänomens, wird ihre zumindest in einigen Ländern zu beobachtende weltmarktorientierte Entwicklungsstrategie betont.

Gleichviel welche Kriterien man berücksichtigt und damit zu jeweils unterschiedlichen Listen von "Schwellenländern" kommt, jedesmal finden sich unter ihnen Taiwan, Südkorea, Singapur und Hongkong, die sog. "Viererbande" in Ostasien, die damit eine besonders prominente Rolle in der Schwellenländerdiskussion spielen und in vielfacher Hinsicht ähnliche Merkmale aufweisen. Würde man die genannten Kriterien an Nordkorea und Teile der VR China, nämlich die Mandschurei, anlegen, würden auch diese zweifellos unter die Gruppe der Schwellenländer gerechnet werden.

Umgekehrt argumentieren die Kritiker des Schwellenländerkonzepts, daß es sich hierbei gar nicht um autonome und kohärente Gesellschaften, sondern nur um von den USA bzw. Japan abhängige, sehr labile und nach deren Bedürfnissen zeitweise dynamisierte Gesellschaften handle, die unter geänderten weltwirtschaftlichen Konstellationen auch wieder der Regression preisgegeben werden könnten. Damit werden die Schwellenländer zu einem Testfall für Theorien über Entwicklung und Unterentwicklung, die sich aus der Dependenztheorie und letztlich aus der klassischen Imperialismustheorie herleiten.

Während man geneigt sein kann, für die beiden Stadtstaaten Hongkong und Singapur Sonderbedingungen zu konzedieren (z. B. fehlende Agrarfrage, internationale Finanzzentren), ist Südkorea ein besonders bemerkenswerter und entsprechend kontrovers diskutierter Fall. Mit seinen 38 Mio Einwohnern (1980) ist es ein relativ bevölkerungsstarkes und außerordentlich dicht besiedeltes Land ($378 \text{ Personen/km}^2$), dessen natürliche Ressourcenausstattung als äußerst dürftig anzusehen ist. Infolge der Teilung des Landes wurde der Süden 1945 von nahezu allen im Norden gelegenen Bodenschätzen und Energievorkommen abgeschnitten, so daß die auf die japanischen Bedürfnisse zugeschnittene, deformierte Wirtschaftsstruktur ad absurdum geführt wurde. Hinzu kamen die Verwüstungen des Koreakrieges. Die landwirtschaftliche

Basis des in dieser Hinsicht allerdings gegenüber dem Norden begünstigten Südens muß bei einer Anbaufläche von etwa 0,8 ha pro Kopf, eine der niedrigsten Relationen in ganz Asien, als äußerst schlecht bezeichnet werden. Als wesentliches Entwicklungspotential blieb die reichlich vorhandene und im Agrarsektor unterbeschäftigte Arbeitskraft, die aufgrund einer nach 1950 konsequent betriebenen Bildungspolitik ein für Dritte-Welt-Maßstäbe sehr hohe Qualifikationsniveau aufweist und, wie in anderen konfuzianisch geprägten Ländern, durch hohe Arbeits- und Aufstiegs motivation gekennzeichnet ist.

Angesichts dieser Ausgangslage war naheliegend, daß es Anfang der 1960er Jahre (etwa gleichzeitig wie in Taiwan!), als die amerikanischen Hilfsprogramme ausliefen, zu einem grundsätzlichen Wandel der Entwicklungsstrategie kam³¹. Die bis dahin verfolgte Importsubstitutionspolitik der sog. leichten Phase hatte in die gleiche Sackgasse soziopolitisch bedingter "Binnenmarktengung" wie in einigen lateinamerikanischen Ländern geführt. Das nach wie vor sehr niedrige Pro-Kopf-Produkt stagnierte 1960 bei knapp 100 US \$. Vermittelt über eine politische Krise, an der die USA zumindest indirekt nicht ganz unbeteiligt waren³² (Studentenaufstand von 1960, Sturz Syngman Rhee, Militärputsch Park Chung Hees im Mai 1961 nach kurzem parlamentarischen Intermezzo), kam es mit der Etablierung des Park-Regimes - Park hatte unter dem Namen Okamoto Minoru vor 1945 in der japanischen Armee gedient³³ - zu einer Neuorientierung. Die Importsubstitutionspolitik wurde durch eine konsequente Exportindustrialisierung ergänzt, bei der der "komparative Vorteil" Südkoreas, die zahlreiche, vergleichsweise qualifizierte und "disziplinierte" Arbeitskraft zu Niedrigstlöhnen zum Dreh- und Angelpunkt wurde. Produziert wurden seitdem zunächst leichtindustrielle Fabrikate (Textilien, Bekleidung, Sperrholz, Perücken u.a.) für den Export. Institutionelle Voraussetzungen waren der seit 1962 betriebene Aufbau eines staatlichen Planungsapparats zur Erstellung von Fünfjahresplänen und die Planung unterstützender Forschungsinstitute, die Gründung von staatlich kontrollierten Banken, die über die Kreditvergabe wesentlichen Einfluß auf die private Industrie nahmen, das direkte staatliche Engagement beim Ausbau der Infrastruktur und auch der Basisindustrien (Eisen und Stahl, Petrochemie), die partielle Liberalisierung der Außenwirtschaft sowie ein breites Spektrum von Exportförderungsmaßnahmen (Steuerermäßigungen, Zollbefreiung bei exportnotwendigen Importen, Errichtung von Industrieparks und Freien Produktionszonen). Finanziert wurde die neue Strategie über einen erheblichen Anstieg der inländischen Sparquote im Zuge einer Zins-, Steuer- und Budgetreform sowie durch den massiven Zufluß von Auslandsanleihen. Wesentliche Voraussetzung für letzteres war die Normalisierung der Beziehungen zu Japan. Allein dieser Vertrag brachte Südkorea die Zusage von 800 Mio US \$ in Form von Schenkungen und Anleihen. Japanisches Kapital gewann seitdem gegenüber dem amerikanischen bald eine gleichrangige Stellung. Zu erwähnen sind auch die erheblichen Transferzahlungen durch den Söldnerexport während des Vietnamkriegs und die Entsendung von Arbeitskräften ins Ausland (Ruhrbergbau, Krankenschwestern in die BRD, Bauarbeiter am Persischen Golf).

Folge war ein 1963 einsetzendes rapides gesamtwirtschaftliches Wachstum, das durch die Verarbeitende Industrie und hier wiederum durch die Exportindustrien getragen wurde, während man die Landwirtschaft trotz einiger Lippenbekenntnisse vernachlässigte, sogar eine Unterbewertung der Agrarpreise vornahm, um niedrige Lebenshaltungskosten und damit niedrige Löhne für die städtische Bevölkerung zu garantieren. Die Wachstumsraten erreichten von 1961-1981 jährlich im Schnitt real etwa 8 Prozent (BSP) und 16 Prozent (Verarbeitende Industrie). Damit einher ging ein erheblicher Wandel in der sektoralen Entstehung des Sozialprodukts, der Beschäftigung sowie rasche Urbanisierung. Der Beitrag des sekundären Sektors zum BSP betrug 1981 bereits 43 Prozent (infolge der Teilung des Landes und des Koreakriegs nicht mit den Vorkriegsrelationen vergleichbar), während der Anteil des primären Sektors auf 18 Prozent zurückgegangen war. Das Pro-Kopf-Produkt lag 1981 bei 1600 US \$³⁴. Bemerkenswert ist, daß man keineswegs bei der arbeitsintensiven Phase der Exportindustrialisierung stehen blieb, sondern seit den 1970er Jahren eine Verlagerung in Richtung solcher Exportindustrien festzustellen ist, die höherwertige Konsumgüter (Unterhaltungselektronik, Automobile) oder Produktionsgüter (Schiffe, Stahl, Kunstdünger, Zement) produzieren. Auch ist eine wachsende Verflechtung der Exportindustrien in die Gesamtwirtschaft festzustellen.

Folgt man der offiziellen Selbstdarstellung oder dem Tenor zahlreicher internationaler Business-Zeitschriften, scheint kein Zweifel am Erfolg des eingeschlagenen Weges zu bestehen, bei dem ganz offensichtlich das japanische Vorbild Pate gestanden hat. Skepsis gegenüber diesem Optimismus ist, auch ohne gleich die Dependenztheorie zu bemühen, aus einer Reihe von Gründen angebracht:

- 1) Die forcierte Exportoffensive hat nicht verhindern können, daß die Importe noch stärker angestiegen sind, da die Exporte, neben den notwendigen Kapitalgüterimporten, einen sehr hohen Anteil von importierten Rohstoffen und Halbfabrikaten aufweisen. Die hohen Exportziffern verschleiern also, daß die exportierte Wertschöpfung um einiges geringer ist. Vor allem die überproportional steigenden Kosten für importierte Rohstoffe (Energie, ölabhängige Kunstfaserindustrie) machen sich gravierend bemerkbar.
- 2) Resultat der durchgängig negativen Handelsbilanz und der hohen Außenfinanzierung der Investitionen ist eine erhebliche und wachsende Auslandsverschuldung³⁵.
- 3) Die Exportstrategie gerät von zwei Seiten unter Druck. Wachsender Protektionismus wichtiger Abnehmerländer, wie er etwa im Welttextilabkommen oder den Subventionen für die Werftindustrie zum Ausdruck kommt, gefährden die Strategie ebenso wie zunehmende Anbieterkonkurrenz anderer Billiglohnländer, so seit einigen Jahren die VR China, die mit noch niedrigeren Löhnen bei kaum geringerer Arbeitsproduktivität aufwarten können.
- 4) Viele der ambitioniert aufgebauten und für die Zukunft geplanten Industrien,

gerade im Automobil- und Schiffsbau, arbeiten angesichts der Weltwirtschaftskrise mit hoher Unterauslastung der Kapazitäten und entsprechenden Stückkosten. Die Labilität der reinen Weltmarktorientierung zeigte sich besonders drastisch, als mit der Wiedereröffnung des Suezkanals der Weltmarkt für Supertanker, auf die sich Südkorea spezialisiert hatte, zusammenbrach.

5) Die sozialen, regionalen und sektoralen Disparitäten scheinen in der Tendenz eher zu- als abzunehmen.

6) Reallöhne und ländliche Einkommen steigen zwar, im Vergleich zu den Wachstumsraten der Wirtschaft aber langsamer. Das könnte angesichts des erreichten Industriepotentials zu negativen Konsequenzen für die notwendige Binnenmarktausweitung führen.

7) Der wesentlichste Einwand lautet allerdings, daß das Gesamtszenario auf ein wachsendes soziales Konfliktpotential hindeutet. Den unbestreitbaren Industrialisierungserfolgen steht für die Masse der Bevölkerung eine zu geringe Teilhabe an den Früchten dieser Industrialisierung gegenüber, zumal die Modernisierungsideologie eine hohe Erwartungshaltung aufbaut, die nur wenig befriedigt wird. Hinzu kommt das selbst im Vergleich zum erreichten Wirtschaftsniveau überproportionale Bildungsniveau auf allen Ebenen mit entsprechender oppositioneller Mobilisierungsfähigkeit der Bevölkerung. Am gravierendsten dürfte der negative Kontrast zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und mangelnder politischer und gewerkschaftlicher Partizipation sein. Ein formal präsidential/parlamentarisches System und die Existenz "gelber" Gewerkschaften können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die staatlich verordneten Niedriglöhne, langer Arbeitstag, kaum vorhandener Arbeitsschutz, Verbot von Streiks und unabhängigen Gewerkschaften gerade den wesentlichen "Standortvorteil" der Exportindustrien Südkoreas ausmachen. Eine Lockerung des auch im Vergleich zu Taiwan repressiven politischen Systems würde auch von innenpolitischer Seite die Exportstrategie ins Wanken bringen. Offizielle Darstellungen wie auch wohlwollende Untersuchungen aus dem Ausland, so vor allem von seiten der Weltbank, rechtfertigen natürlich das System als zwar bedauerliche, aber notwendige politische Voraussetzung, ohne das die wirtschaftlichen Erfolge der 1960er Jahre nicht denkbar gewesen wären.

Dieser eher immanenten Kritik lassen sich eine Reihe von Punkten hinzufügen, die von einer grundsätzlicheren Warte argumentieren und Südkorea wie Taiwan als besonders erfolgreiche Prototypen des Neoimperialismus apostrophieren, der hier bloß eine neue Gestalt angenommen hat. Das zentrale Argument lautet, daß es sich bei den Schwellenländern vom Typ Taiwans oder Südkoreas um eine ganz neue Form der internationalen Arbeitsteilung handelt, bei der nicht mehr Rohstoffe gegen Fertigwaren, wie noch weitgehend im Yen-Block bis 1945, sondern Fertigwaren unterschiedlicher Faktorintensität getauscht werden, ohne daß sich dadurch an den strukturellen Beziehungen etwas geändert habe³⁶. Aus Gründen des Lohngefälles werden arbeitsintensive Teilfertigungen, sog. Montageindustrien, von international operierenden

Konzernen, in diesem Fall vor allem japanischen Ursprungs, in Billiglohnländer mit hoher Arbeitsproduktivität ausgelagert, die dort in sog. Weltmarktfabriken für den Bedarf der Industrieländer produzieren. Im Gegenzug liefern die Industrieländer die notwendigen Investitionsmittel, Anlagen und Technologien. Sichtbarster Ausdruck dieser neuen Arbeitsteilung ist die Errichtung der sog. Freien Produktionszonen, die weltweit erste wurde 1965 in Kaoshiung (Taiwan) errichtet, in denen nach dem Muster der alten Pachtgebiete ein weitgehend rechtsfreier Raum für Auslandskapital besteht. Hier werden die angelieferten Containerladungen von Halbfabriken montiert und gleich wieder außer Landes gebracht, ohne daß für die Binnenökonomie der Gastländer größere Koppelungseffekte entstehen, also durchaus Parallelen zu den früheren Bergbau- oder Plantagenklaven sichtbar werden. Durch vielfältige Interventionskanäle werden politische Systeme gestützt, die das reibungslose Funktionieren dieser neuen Arbeitsteilung und das notwendige "Investitionsklima" garantieren. Hinzu kommt die Auslagerung besonders umweltschädigender Industrien aus den Bereichen Metallurgie und Chemie, wie sich auch für Südkorea zeigen läßt, deren Betrieb in Japan aufgrund gesetzlicher Auflagen zu kostspielig wird.

Aus einer solchen Sichtweise kann es nicht verwunderlich sein, daß in den Kapital- wie in den Handelsbeziehungen eine hohe, allerdings tendenziell abnehmende Partnerkonzentration mit Japan und den USA besteht. Der Außenhandel wird zu etwa 45 Prozent mit diesen beiden Ländern abgewickelt. Etwa 50 Prozent des südkoreanischen Außenhandels werden überdies durch japanische Handelshäuser getätigt³⁷. Auch wenn die offiziellen Angaben wenig Aufschlüsse über das tatsächliche Ausmaß der Direktinvestitionen in Südkorea zulassen, die außerhalb der Freien Produktionszonen eher in Form von Beteiligungen vorgenommen werden, so läßt doch zumindest der hohe Umfang privater und staatlicher Anleihen Aussagen über ausländische Kontrolle zu. Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Weltbank, die Südkorea nicht nur bevorzugt mit Krediten versorgt, sondern darüber hinaus durch vielfältige Beratertätigkeit, u.a. beim Aufbau der Wirtschaftsplanung, die Wirtschaftspolitik sehr weitgehend beeinflusst. Südkorea gilt geradezu als Musterknabe der Weltbank und Paradestück der von ihr weltweit propagierten exportgetriebenen Entwicklungsstrategie.

Hier werden die exponierte politische Lage Südkoreas und Taiwans im Rahmen des Ost-West-Konflikts und die Systemkonkurrenz zu Nordkorea bzw. der VR China überdeutlich. Während die Militär- und Finanzhilfe der 1950er Jahre vor dem Hintergrund der globalen Eindämmungsstrategie der USA und der politischen Systemkonkurrenz zu verorten sind, hat sich der Systemwettbewerb in den 1960er und 1970er Jahren eher auf die wirtschaftliche Ebene verlagert. Die Beispiele Nordkoreas und der VR China (Agrarreform, Industrialisierung, Bildungswesen) hatten Südkorea und Taiwan unter innen- wie außenpolitischen Zugzwang gestellt. In beiden Fällen mußte gegenüber der eigenen Bevölkerung wie gegenüber der Dritten Welt unter Beweis gestellt

werden, daß unter kapitalistischen Bedingungen, auch wenn es sich keineswegs um rein marktwirtschaftliche und politisch freie Systeme handelte, eindrucksvollere Erfolge zu erzielen seien, was, gemessen an den Wachstumsraten und dem statistischen Pro-Kopf-Produkt, auch der Fall ist. Die globale Strategie der USA sah dabei eine Verlagerung des finanziellen Engagements auf internationale Organisationen wie die Weltbank und den Juniorpartner Japan vor, der den wirtschaftlichen Part der Systemkonkurrenz in Asien zu spielen hatte. Diese Umstände, so die Kritiker³⁸, erklären einerseits die wirtschaftliche Dynamik von Südkorea und Taiwan, perpetuieren andererseits aber die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit. Insbesondere Japan sei es auf diese Weise gelungen, die Region erneut in eine auf sich zentrierte Arbeitsteilung einzubinden, die im Grunde viel effizienter funktioniert als die alte, durch militärische Unterwerfung erzwungene Arbeitsteilung im Rahmen des Yen-Blocks.

Eine unkritische Variante dieser Argumentation wendet die Sache positiv und vertritt die These, daß sich in Ostasien das neue dynamische Zentrum der Weltwirtschaft herausbilde, das arbeitsteilig (Japan liefert die Technologie, die anderen Länder die Arbeitskräfte) eine globale Herausforderung der Alten wie der Neuen Welt darstelle und die Strukturkrise in den USA und Europa im wesentlichen durch die ostasiatische Exportoffensive nicht zuletzt der Schwellenländer hervorgerufen sei³⁹.

6. FAZIT

Wenn man die von Japan angestrebte "Großostasiatische gemeinsame Wohlstandssphäre" in einen inneren Kreis, die bis 1932, und einen äußeren Kreis, die bis 1941/42 unterworfenen Gebiete, unterteilt⁴⁰, stellt man fest, daß heute im Grunde nur der innere Kreis (Nord- und Südkorea, Mandschurei, Taiwan) die Merkmale von Schwellenländern aufweist, soweit man die Stadtstaaten Singapur und Hongkong unberücksichtigt läßt. Der äußere Kreis, im wesentlichen identisch mit der heutigen ASEAN-Gruppe, weist dem gegenüber weiterhin alle Anzeichen von Peripherie-Ökonomien auf, wie sie sich in vielen anderen Teilen der Dritten Welt finden lassen.

Innerhalb des inneren Kreises gibt es wieder Länder, deren Entwicklung von einer klaren politischen und wirtschaftlichen Dissoziation gegenüber dem Weltsystem (Nordkorea, VR China bis vor wenigen Jahren) begleitet war, und Länder, die eine bewußte Assoziation in dieses Weltsystem betreiben. Die Außenwirtschaftsstrategie allein ist also kein hinreichender Erklärungsgrund, sondern eine durch das Gesellschaftssystem bedingte Variable, zu der noch andere Faktoren getreten sein müssen. Diese ließen sich vor allem durch eine Kontrastanalyse der internen Bedingungen der ebenfalls weltmarktorien-

tierten ASEAN-Länder herausarbeiten.

Die skizzierte besondere Form des japanischen Imperialismus in den Gebieten des inneren Kreises hat dazu geführt, das hier durchgreifende Modernisierungs-, Agrarentwicklungs- und Industrialisierungsanstöße gelegt wurden, die sich nach dem Ende der japanischen Kolonialherrschaft trotz aller genannten Widrigkeiten in Entwicklungspotentiale ummünzen ließen. Solche Anstöße hat es im äußeren Kreis nur kaum oder gar nicht gegeben, weil hier die formelle japanische Herrschaft nur kurz währte oder, wie in den späteren ASEAN-Ländern, die japanischen Aktivitäten eher den Charakter der Plünderung als den systematischer Kolonisierung trugen. Hier konnte der französische, englische und niederländische Kolonialismus seine prägende Kraft behalten.

Die gesellschaftlichen Umwälzungen in China und Korea führten zu internen Fluchtbewegungen von Kapital und unternehmerischen und sonstigen Eliten mit einer entsprechenden Konzentration in den nichtsozialistischen Teilen beider Länder. Hier dürfte auch eine partielle Erklärung des Erfolgs von Hongkong und Singapur zu suchen sein. Die exponierte Ost-West-Lage führte zusätzlich zu einer besonderen Konzentration internationalen Kapitals und internationaler Beratertätigkeit.

Dennoch bleibt die Tatsache, daß ähnliche, wie in Südkorea und Taiwan verfolgte Strategien und der Zufluß von Auslandskapital andernorts nicht zu vergleichbaren Erfolgen geführt haben⁴¹. Südkorea und Taiwan haben trotz aller berechtigter Kritik an den politischen und sozialen Bedingungen neben dem hohen Wirtschaftswachstum einen Alphabetisierungsgrad, ein Bildungswesen im sekundären Bereich, eine wissenschaftliche Infrastruktur, eine durchschnittliche Lebenserwartung und andere Entwicklungsindikatoren aufzuweisen, die denen der OECD-Gesellschaften schon recht nahe kommen, in den ASEAN-Ländern aber nicht annähernd erreicht werden.

Die Ursachen müssen also zu einem wesentlichen Teil auch intern gesucht werden. Hier sei ganz besonders auf die im Vergleich zu anderen Ländern der Dritten Welt radikalen Agrarreformen verwiesen, die, wenn auch aus der Systemkonkurrenz geboren, besonders in Taiwan wesentliche Anstöße zur weiteren Agrarmodernisierung und darauf aufbauender Agroindustrialisierung geleistet haben. Die KMT in Taiwan und das Park-Regime in Südkorea mußten zumindest wirtschaftlich erfolgreich sein, denn in den 1950er Jahren waren die Lebensbedingungen der Masse ihrer Bevölkerungen auch nicht besser als auf dem chinesischen Festland oder jenseits des 38. Breitengrades.

Gegenüber Aussagen, die Weltmarktintegration per se mit Imperialismus und damit Entwicklungsblockaden gleichsetzen, zeigen die ostasiatischen Kontrastfälle, daß nachholende Entwicklung sowohl unter weltmarktassoziativen wie dissoziativen Vorzeichen möglich ist, daß Weltmarktintegration (wie im Falle Indonesiens) bzw. weitgehende Abgeschlossenheit (wie im Falle Burmas) aber auch mit typischen Profilen von Unterentwicklung einhergehen können. Auf-

grund dieser Feststellung sollte die interne Verarbeitung der jeweiligen Entwicklungsstrategien stärker ins Zentrum der theoretischen Überlegungen treten.

Anmerkungen

- 1) Zu den Ursachen der unterschiedlichen Entwicklung von Japan und China vgl. Frances V. Moulder, *Japan, China, and the Modern World Economy. Toward a Reinterpretation of East Asian Development ca. 1600 to ca. 1918.* Cambridge: Cambridge U.P. 1977.
- 2) Vgl. dazu den Sammelband Yonosuke Nagai/Akira Iriye (eds.), *The Origins of the Cold War in Asia.* New York: Columbia U.P. 1977.
- 3) Gesamtdarstellungen bieten Nigel Cameron, *From Bondage to Liberation. East Asia 1860-1952.* Hongkong: Oxford U.P. 1975; Jon Halliday, *A Political History of Japanese Capitalism.* New York: Monthly Review 1975; J. Chesneaux, *Geschichte Ost- und Südasiens im 19. und 20. Jahrhundert.* Köln: Schäuble 1969; Harold M. Vinacke, *A History of the Far East in Modern Times.* Washington D.C.: Crofts and Co 1944; T. A. Bisson, *Japan in China.* New York: Octagon 1973 (1. Aufl. 1938).
- 4) Vgl. dazu die in systematischerer Weise vorgetragene Argumentation in Ulrich Menzel, *Der Differenzierungsprozeß in der Dritten Welt und seine Konsequenzen für den Nord-Süd-Konflikt und die Entwicklungstheorie.* In: *Politische Vierteljahrsschrift* 24. 1983, 1. S. 31-59, mit weiteren Literaturnachweisen. Die Argumentation richtet sich dabei in gleicher Weise gegen eine orthodoxe Auslegung der Dependenztheorie wie gegen die Balassa- oder Kieler-Schule.
- 5) Zu diesem und den folgenden Vertragsinhalten vgl. Helmuth Stoecker/Adolf Rüger (Hrsg.), *Handbuch der Verträge 1871-1964.* Berlin (Ost): VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1968.
- 6) Halliday 1975, S. 89. England suchte ein Gegengewicht zu Rußland, das die Niederschlagung des Aufstands zum Anlaß der Besetzung der Mandchurei genommen hatte.
- 7) Zur US-Strategie gegenüber China vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Der amerikanische Handelsimperialismus in China, 1844-1900.* In: *Jahrbuch für Amerikastudien* 14. 1969. S. 55-76.
- 8) Halliday 1975, S. 70f.
- 9) Das Memorandum liegt in verschiedenen Übersetzungen vor. Z.B. "Eingabe an den japanischen Kaiser über eine positive Politik gegen die Mand-

schurei und Mongolei, eingereicht am 25. Juli 1927 vom Premierminister Tanaka". Woosung: Tung-Chi Universität 1932. Zur Diskussion um die Echtheit vgl. u.a. John J. Stephan, *The Tanaka Memorial (1927): Authentic or Spurious?* In: *Modern Asian Studies* 7. 1973, 4. S. 733-745.

- 10) Dieser Ansicht neigt auch Cameron 1975, S. 278 zu.
- 11) Zu Korea unter japanischer Kolonialherrschaft vgl. Gerd Wontroba/Ulrich Menzel, *Stagnation und Unterentwicklung in Korea. Von der Yi-Dynastie zur Peripherisierung unter japanischer Kolonialherrschaft*. Meisenheim: Anton Hain 1978; Sang-Chul Suh, *Growth and Structural Changes in the Korean Economy 1910-1940*. Cambridge: Harvard U.P. 1978; Sung-Jo Park, *Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Japan und Korea 1910-1968*. Wiesbaden: Otto Harrassowitz 1969; Andrew J. Grajdanzev, *Modern Korea*. New York: The John Day Comp. 1944.
- 12) Daten bei Wontroba/Menzel 1978, S. 159, 161.
- 13) Wontroba/Menzel 1978, S. 207, 210.
- 14) Zur Mandschurei vgl. Ulrich Menzel, *Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells. Ein Beitrag zum Konzept autozentrierter Entwicklung*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1978, S. 203ff.
- 15) Vgl. dazu E.B. Schumpeter (ed.), *The Industrialization of Japan and Manchukuo 1930-1940*. New York: The Macmillan Corp. 1940.
- 16) Vgl. dazu die ausgezeichnete Darstellung bei Akira Iriye, *Power and Culture. The Japanese-American War, 1941-1945*. Cambridge: Harvard U.P. 1981; ders., *Continuities in U.S.-Japanese Relations, 1941-49*. In: Nagai/Iriye 1977. S. 378-407; Bernd Martin, *Japan und der Krieg in Ostasien. Kommentierter Bericht über das Schrifttum*. In: *Historische Zeitschrift, Sonderheft 8*, 1980, S. 79-220.
- 17) *Handbuch der Verträge*, S. 330.
- 18) Vgl. Iriye 1981, S. 146ff.
- 19) Vgl. dazu Bruce Cumings, *American Policy and Korean Liberation*. In: Frank Baldwin (ed.), *Without Parallel. The American-Korean Relationship since 1945*. New York: Pantheon 1974. S. 39-108.
- 20) Iriye 1981, S. 242.
- 21) Vgl. Robert M. Slusser, *Soviet Far Eastern Policy, 1945-50*. In: Nagai/Iriye 1977. S. 123-146.
- 22) Nakajima Mineo, *The Sino-Soviet Confrontation in Historical Perspective*. In: Nagai/Iriye 1977. S. 203-223, hier S. 207.
- 23) Cumings 1974, S. 46; John Lewis Gaddis, *Korea in American Politics, Strategy, and Diplomacy, 1945-50*. In: Nagai/Iriye 1977. S. 277-298, hier S. 278.

- 24) Halliday 1975, S. 182.
- 25) Gaddis 1977, S. 285; Gottfried-Karl Kindermann, Pekings chinesische Gegenspieler. Theorie und Praxis nationalchinesischen Widerstands auf Taiwan. Düsseldorf: Droste 1977, S. 44 f.
- 26) Yamamoto Mitsuru, The Cold War and U.S.-Japan Economic Cooperation. In: Nagai/Iriye 1977, S. 408-425; hier S. 210 ff.
- 27) Vgl. dazu die klassische Studie Neil H. Jacoby, U.S. Aid to Taiwan. New York: Praeger 1966.
- 28) Vgl. dazu Herbert P. Bix, Regional Integration: Japan and South Korea in America's Asian Policy. In: Baldwin 1974, S. 179-232.
- 29) Mit Taiwan bereits 1952.
- 30) Vgl. dazu mit weiteren Literaturhinweisen Dieter Senghaas/Ulrich Menzel, Entwicklung aus Unterentwicklung? Untersuchung über die Wahrscheinlichkeit nachholender Entwicklung von Schwellenländern - am Beispiel Südkoreas und Taiwans. MS. Bremen 1981 (Outline zu einem Forschungsprojekt).
- 31) Zu Südkorea vgl. aus der Sicht der Weltbank Parvez Hasan/D.C. Rao, Korea. Policy Issues for Long-Term Development. Baltimore: Johns Hopkins U.P. 1979; Parvez Hasan, Korea. Problems and Issues in a Rapidly Growing Economy. Baltimore: Johns Hopkins U.P. 1976; ferner Charles R. Frank Jr. u.a., Foreign Trade Regimes and Economic Development: South Korea. New York: Columbia U.P. 1975; David Cole/Princeton Lyman, Korean Development, the Interplay of Policy and Economics. Cambridge: Harvard U.P. 1971. Die hier verwendeten Daten und Interpretationen entstammen dem noch unveröffentlichten Forschungsbericht: Ulrich Menzel, Länderstudie Südkorea (Bremen 1983) aus dem in FN 30 zitierten Forschungsprojekt. Zu Taiwan vgl. John C.H. Fei u.a., Growth with Equity. The Taiwan Case. New York: Oxford U.P. 1979 (aus der Sicht der Weltbank); Samuel P.S. Ho, Economic Development of Taiwan 1860-1970. New Haven: Yale U.P. 1978; Walter Galenson (ed.), Economic Growth and Structural Change in Taiwan. The Post-war Experience of the Republic of China. Ithaca: Cornell U.P. 1979. Eine Fallstudie des Autors ist in Vorbereitung.
- 32) Cheryl Payer, Pushed into the Debt Trap. South Korea's Export 'Miracle'. In: Journal of Contemporary Asia 5. 1975, S. 153-164, hier S. 154.
- 33) Gavan McCormack, Japan and South Korea, 1965-75: Ten Years of 'Normalisation'. In: Gavan McCormack/John Gittings (eds.), Crisis in Korea. Nottingham: Spokesman 1977, S. 130-146, hier S. 133; vgl. auch Cumings 1974, S. 73.
- 34) Daten aus: Bank of Korea, Economic Statistics Yearbook 1982. Seoul 1982.

- 35) Vgl. zu dieser Aussage auch Payer 1975.
- 36) So z.B. Folker Fröbel u.a., Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer. Reinbek: Rowohlt 1977.
- 37) Jon Halliday, Capitalism and Socialism in East Asia. In: New Left Review 124/1980. S. 3-24, hier S.12.
- 38) Z.B. Jon Halliday/Gavan McCormack, Japanese Imperialism today. 'Co-Prosperity in Greater East Asia'. New York: Monthly Review 1973; McCormack 1977, 135 f.; Don Long, Repression and Development in the Periphery: South Korea. In: Bulletin of Concerned Asian Scholars 9. 1977, 2. S. 26-41; Halliday 1980; ders., Recession, Revolution and Metropolis-Periphery Relations in East Asia. With Special Reference to Japan. In: Journal of Contemporary Asia 7.1977, 3. S. 347-363; Hans Ulrich Luther, Südkorea. (K)ein Modell für die Dritte Welt? München: Simon and Magiera 1981.
- 39) Roy Hofheinz/Kent E. Calder, The East Asia Edge. New York: Basic Books 1982; Edward K.Y. Chen, Hyper-Growth in Asian Economics. A Comparative Study of Hong Kong, Japan, Korea, Singapore and Taiwan. New York: Holmes and Meier 1979.
- 40) Vgl. dazu auch Halliday 1977, S.355.
- 41) Zu einer ähnlichen Argumentation vgl. auch Richard Luedde-Neurath, Export Orientation in South Korea: How Helpful is Dependency Thinking to its Analysis. In: IDS Bulletin 12.1980, 1. S.48-53.

ASIEN

DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Artikel:

Hans J. Dietrich
Hongkongs Bedeutung für die aufsteigende Ostasiatisch-
westpazifische Region

Roderic Alley
New Zealand Foreign Policy

Peter J. Opitz
China und Indochina: Strategie und Perspektive

Hans-Dieter Roth
Präsidentchaftswahlen und Volksentscheid in Sri Lanka

Dokumentation:

Joachim Glaubitz
Vertrag über den Grenzverlauf im Pamir-Gebiet

Aktuelle Chronik, Konferenzen, Informationen

Rezensionen und Neuere Literatur

Appendix: Asienwissenschaftliche Lehrveranstaltungen SS 1983

DGA

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR ASIENKUNDE
GERMAN ASSOCIATION FOR ASIAN STUDIES

ASIEN erscheint vierteljährlich. Preis des Einzelheftes DM 12,50. Jahresabonnement DM 50,- zuzüglich Porto und Versand. ASIEN is published quarterly. Subscription DM 50,- per year plus postage. Single copies DM 12,50 plus postage.

Redaktion und Vertrieb:

Deutsche Gesellschaft für Asienkunde
Rothenbaumchaussee 32
D-2000 Hamburg 13
Tel. (040) 44 58 91

Editorial and Subscription Office: